

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

131 (8.6.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3600 IV.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 8. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamthalt: A. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (40 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Nachdrucke und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 131

Freitag, den 8. Juni 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In einer Geheimnisung des Völkerbundrats in Genf gelang es noch nicht, die Abstimmungsmission für das Saargebiet zu ernennen.

In der litauischen Hauptstadt Rowno fand ein Militärputsch statt, hinter dem die Anhänger des früheren Diktators Wolodemas stehen. Die Lage ist noch nicht voll geklärt.

Für die deutsche Arbeitsfront ist durch Dr. Ley eine Aufnahmepolizei verfügt. Gleichzeitig hat er angekündigt, daß in den Betrieben künftig ein Morgenappell eingeführt werden soll.

Eine französische Militärkommission wird sich demnächst nach Warschau begeben, um über den Militärvertrag vom Jahr 1921 zu verhandeln.

Bei dem Kampf um den dritten Platz bei den Fußballweltmeisterschaften gelang es Deutschland, in Neapel die „Wundermannschaft“ Oesterreich 3:2 Tore verdient zu schlagen.

Der König der Belgier hatte am Donnerstagabend eine Besprechung mit dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Broqueville. Es besteht der Eindruck, daß Broqueville am Freitag mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wird.

Halbmast aus Anlaß der Trauerfeier für die Wuginger Opfer

Karlsruhe, 7. Juni. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Aus Anlaß der Trauerfeier für die Wuginger Arbeitsopfer schlagen am Montag, den 11. Juni 1934 die staatlichen Dienstgebäude halbmast. Die Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden ersucht, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Der Reichspräsident begrüßt den Rotkreuztag

Berlin, 8. Juni. Als Schirmherr des Deutschen Roten Kreuzes hat Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg dem Rotkreuztag, der am nächsten Sonntag, den 10. Juni, überall im Reich begangen wird und mit einer Sammlung zugunsten der kriegsreichen Einrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes verbunden ist, die folgenden Begrüßungsworte gewidmet:

„Als Schirmherr des Deutschen Roten Kreuzes begrüße ich den Rotkreuztag 1934 mit meinen herzlichsten Wünschen. Die Liebesarbeit des Deutschen Roten Kreuzes hat in den langen Jahren seines Wirkens Tausenden unserer Volksgenossen im In- und Ausland Hilfe gebracht und viele Sorgen gelindert. Möge der heutige Tag erneut den Geist der Volksverbundenheit und Opferwilligkeit der Deutschen befeuchten und dem Roten Kreuz die Mittel bringen, die es für seine weitere Arbeit braucht.“

Der Reichskanzler dankt dem Vizekanzler

Berlin, 7. Juni. Der Reichskanzler empfing Freiherren von Lehmann zum Bericht über den Verlauf seiner Genfer Verhandlungen und sprach ihm seinen Dank aus. An den Vizekanzler richtete er folgendes Schreiben:

„Endlich ist die Festlegung des Abstimmungsstermins für das Saargebiet erfolgt. Aus diesem Anlaß muß ich Ihnen, Herr von Papen, als dem von mir mit der Wahrnehmung der Saarinteressen Beauftragten, den aufrichtigsten Dank aussprechen. Die außerordentlich mühselige und unermüdliche Arbeit, mit der Sie für die Rückkehr dieses Gebietes in das deutsche Vaterland kämpften, hat für alle Deutschen und damit auch für Sie den schönsten Lohn erhalten. Mit dem Ausdruck des Vertrauens und Dankes Ihr ergebener
gez. Adolf Hitler.“

Die Verteilung der 100 000 RM. Belohnung für Anklärer des Süerboger Eisenbahnanschlags

Berlin, 7. Juni. Zur Aufklärung des Attentates bei Süerbog am 8. August 1931, dessen nähere Umstände noch bekannt sein dürften, hatten der Reichsverkehrsminister und die Deutsche Reichsbahngesellschaft eine Belohnung von insgesamt 100 000 RM. ausgesetzt, die jetzt zur Verteilung gekommen sind. Mit den Ermittlungen waren Beamte der Berliner Kriminalpolizei betraut. Ihrer hervorragenden Arbeit und dem verständnisvollen Zusammenwirken mit den ungarischen und österreichischen Kriminalbeamten, die das von dem gleichen Täter Matulsha verübte Eisenbahnattentat bei Via Torbagny bearbeiteten, ist zu verdanken, daß das Verbrechen restlos geklärt worden ist. In Anerkennung dieser Leistung ist ein erheblicher Teil der Belohnung, 25 000 RM., der preußischen Kriminalpolizei zugesprochen worden. Die Kriminalpolizei hat den gesamten Betrag dem Winterhilfswerk des Deutschen Volkes überwiesen und damit ein Beispiel deutscher Beamteneinführung, Berufsauffassung und nation. Volksverbundenheit gegeben.

Keine Rückkehr Deutschlands nach Genf

vor Verwirklichung der Gleichberechtigung

DNB. Berlin, 7. Juni. Nachrichten zufolge, die in der ausländischen Presse in der letzten Zeit verbreitet werden, soll in Genf deutscherseits mit den Vertretern fremder Mächte über den Abschluß von Sicherheitspakten, sowie über die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz verhandelt worden sein. Hierzu erfahren wir von unterrichteter Seite, daß diese Nachrichten nicht zutreffend sind. Deutschland habe keine Veranlassung, seine bisherige Haltung zu ändern, da der Grund für das Ausscheiden Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz nach wie vor fortbesteht. Für die Annahme aber, daß der Grund, der die Reichsregierung zu ihrem Vorgehen veranlaßt habe, infolge der Genfer Vorgänge in Fortfall gekommen sei, sei kein Anlaß gegeben, zumal der französische Außenminister noch in seiner letzten Rede erklärt habe, die Haltung Frankreichs bleibe unverändert. — Diese läßt bekanntlich auf eine Verlängerung der Diskriminierung Deutschlands hinaus. — Es sei kein Zweifel darüber vorhanden, daß die Reichsregierung fest entschlossen sei, nach Genf nicht zurückzukehren, bevor nicht die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung, so wie sie sich aufgrund der deutsch-englisch-italienischen Verhandlungen darstelle, sichergestellt sei.

Zur Lage in Genf

Hoffnungsvollere Beurteilung in Paris

Paris, 7. Juni. „Ruhe nach dem Sturm“, „Das Barometer beginnt wieder zu steigen“, — so erklären die französischen Genfer Berichterstatter. Sie bezeichnen den von Außenminister Barthou eingebrachten Arbeitsplan als eine „positive konstruktive Leistung“. Dabei wird von den Rättern unterstrichen, daß Barthou an der französischen Sicherheitstheorie unbeirr festhalte, daß er aber um eine Verständigung mit England zu ermöglichen, den Gedanken, Deutschland zur Rückkehr nach Genf zu bewegen, nicht ohne weiteres von der Hand weise.

Die Frage, ob und wie man Deutschland für eine Rückkehr nach Genf gewinnen könnte, wird vor allem vom „Deure“ erörtert, der sich den Verlauf der Genfer Verhandlungen so denkt, daß man sich bis zum Freitag auf irgend eine Formel geeinigt haben werde.

Daß Barthous Hauptgedanke gewesen ist, vor allem England, Amerika und Italien nicht zu verdrängen, lassen die Blätter unerblicklich durchblicken. „Bevor man Genf verläßt, war es weislich“, so schreibt in diesem Zusammenhang wieder der „Deure“, „nicht mit England zu brechen und in feiner Weise unsere Haltung gegenüber Deutschland zu ändern, ohne deswegen gegen Deutschlands Rückkehr Opposition zu machen. Denn für eine Konvention oder jede andere internationale Regelung ist Deutschland unerlässlich. Die geschickte französische Entschlüsselung hat das ermöglicht, und die Atmosphäre klärt sich auf.“

Englische Stimmen

London, 7. Juni. In den Berichten der Blätter aus Genf wird betont, daß die Atmosphäre besser geworden sei, nachdem Barthou eine verständliche Rede gehalten habe. Henderson sei angeblich wieder hoffnungsvoll. Der Genfer Korrespondent der „Times“ schreibt: Die französischen Delegierten haben erkannt, daß sie sich nach dem Zusammenstoß vom Dienstag in einer schwierigen Lage befinden und beschloßen daher, einen verständlichen Ton zu gebrauchen. Entsprechend Hendersons Erwünschten brachten sie daher eine Entschlüsselung ein, die äußerst geschickt abgefaßt ist. Die Franzosen machen darin Henderson die größtmöglichen Zugeständnisse, ohne ihre Haupttheorie preiszugeben, daß die Arbeit der Konferenz sogar in Abwesenheit Deutschlands fortgesetzt werden könnte. Sie haben Hendersons drei wichtige Vorschläge angenommen, halten aber die Sicherheit im Vordergrund und vermeiden es, einer Rückkehr Deutschlands zur Konferenz Widerstand zu leisten oder sie herbeizuführen. Der Genfer Korrespondent der „Morningpost“ sagt: Barthou hat in seiner Rede in geschickter Weise die Verantwortung dafür, Deutschland zur Rückkehr nach Genf zu bewegen, der britischen Regierung zugeschoben. Dieser schlaue Schachzug bringe die britische Regierung in eine peinliche Lage. Denn sie hat während der Beratungen der letzten Woche die deutsche Sache so energisch vertreten, daß es jetzt äußerst schwierig für sie ist, es abzulehnen, solche Verhandlungen zu führen.

Italienisches Urteil über Genf

Mailand, 7. Juni. Die italienische Presse widmet ihre heutigen Leitartikel noch einmal der Genfer Abrüstungskonferenz. Ihre Diagnose ist äußerst pessimistisch. Unter der Überschrift „Bankrott“ schreibt „Corriere della Sera“, man erkenne, daß eine so schwierige Frage wie das Problem der Abrüstung in Deutschland das wenig günstige Klima für seine Lösung gefunden habe. Heute gebe es auf der ganzen Welt keinen einzigen Menschen mehr, der noch an Abrüstung glaube. „Gazette

„Popolo“ sagt unter der gleichen Überschrift, die Konferenz sei unrepairierbar bankrott. Der Versuch, die Abrüstungskonferenz in eine Sicherheitskonferenz umzuwandeln, habe natürlich nicht einen praktischen Erfolg zeitigen können. Die faschistische Regierung habe ihre Pflicht getan, um zu billigen, den realen Notwendigkeiten entsprechenden Lösungen zu kommen. Jetzt aber werde sie ihre Pflicht tun, um dem eigenen Lande volle Sicherheit zu verschaffen. Die Anstrengungen, das Dasein der Konferenz noch zu verlängern, seien zwecklos. — „Popolo d'Italia“ überschreibt seinen Genfer Bericht „Todeskampf der Abrüstungskonferenz“.

Das Ergebnis der Genfer Ratstagung

DNB. Genf, 7. Juni. Die 80. Ratstagung ist am Donnerstag mit einer öffentlichen Sitzung geschlossen worden. Der Völkerbundrat hat diesmal mit der Saarentschlüsselung nach langer Zeit zum ersten Mal wieder eine wichtige Entscheidung gefällt, aber auch hier erst, nachdem die entscheidenden Mächte sich selbst geeinigt und der Ratentscheidung ihre eigenen Vorschläge zugrunde gelegt hatten. Ein Schatten fällt nachträglich durch die Verzögerung der Ernennung der Abstimmungsmission auf die Tätigkeit des Völkerbundrates, der nur durch schnelles und loyales Handeln der nunmehr mit der Verantwortlichkeit belasteten Stellen wieder zum Ansehen gebracht werden kann.

In allen anderen zur Verhandlung stehenden Fragen, vor allem also in der Frage des Chaco-Streitfalles, in der Frage des ungarisch-südblawischen Streitfalles und in der agrischen Frage ist der Völkerbundrat nirgends zu wirklichen Entscheidungen gelangt. Nach wie vor geht der Krieg im Chaco-Gebiet weiter. Bolivien hat sich, wie aus seiner miltärischen Lage verständlich ist, zwar den Vorschlägen des Völkerbundrates weitgehend gefügt, aber das hat an der wirklichen Lage nichts geändert. Auch der Versuch, die Kriegsfahel durch ein Verbot der Waffenlieferungen allmählich zum Erlöschen zu bringen, hat trotz der Zustimmung einer großen Anzahl von Staaten noch zu keinem wirklichen Erfolg geführt.

In der heutigen Geheimnisung des Rates mußte festgestellt werden, daß weder Sowjetrußland noch Japan bisher geantwortet haben und daß auch andere Staaten dadurch in ihrer Zustimmung wieder schwankend geworden sind. Vielleicht liegen auf diesem Wege aber immer noch die besten Aussichten, wenigstens einen gewissen Einfluß auf den Umfang der Kriegshandlungen zu gewinnen, wenigstens wenn die Bolivien und Paraguay benachbarten Staaten die Waffendurchfuhr wirklich verhindern.

Bedauerlich ist es schließlich, daß der Völkerbundrat keine Zeit gefunden hat, die Beschwerde des Fürsten Pleh wegen der schweren Bedrohung seiner Betriebe durch polnische Zwangsmassnahmen auf die Tagesordnung zu setzen. Hier hätte nur schnelles Handeln etwas nützen können, da die Fortführung der weitläufigen Betriebe des Fürsten von Pleh, von der das Brot zahlloser Arbeiter abhängt, durch die Pfändungen und andere Zwangsverordnungen ernstlich gefährdet erscheint.

Erzbischof von Canterbury gegen die französische Haltung auf der Abrüstungskonferenz

DNB. London, 7. Juni. Der Erzbischof von Canterbury hat heute auf der Tagung der Synode seines Sprengels in einer Ansprache die Haltung der französischen Regierung auf der Abrüstungskonferenz einer scharfen Kritik unterzogen. Man sehe vor der Tatsache, daß aufrichtige und ernste Bemühungen mit einem bedauerlichen und kläglichen Mißerfolg in Genf endeten hatten. Der Erzbischof betonte ausdrücklich, daß er den französischen Invasionsängsten voll Rechnung trage. Er sei sich auch darüber klar, daß England in vieler Hinsicht in einer ganz anderen Lage sei als Frankreich. Trotzdem müsse er die von Barthou in Genf angenommene Haltung bedauern. Es herrsche wohl in vieler Hinsicht keine Bereitschaft, das bestehende Risiko noch zu erhöhen. Gewisse Besorgnisse seien vorhanden, und zwar seien sie, so meinte der Erzbischof, nicht so sehr durch irgend welche Dinge hervorgerufen, die offiziell von Deutschland vorgeschlagen worden seien, sondern durch die Erklärungen, die man aus Deutschland höre. Aber, so fuhr der Erzbischof fort, meiner Meinung nach wäre es gerade wirkliche Staatskunst, zu erkennen, daß die einzig wirkliche Gefahr für Frankreich in der Verewigung der Feindschaft mit Deutschland bestehen würde. Wenn Frankreich die vernünftigen Vorschläge, die Deutschland unterbreitet, verächtlich verwirft, dann wird dieses Gefahrenmoment freilich in verstärktem Maße fortbestehen.

Altstadtsanierung mit Hilfe des Reiches

Berlin, 7. Juni. Die Sanierung der Altstädte wird von der nationalsozialistischen Regierung tatkräftig in Angriff genommen. Sie ist allerdings in erster Linie Aufgabe der Gemeindeverwaltungen selbst, aber das Reich hat den Gemeinden seine finanzielle Hilfe im Rahmen des Möglichen in Aussicht gestellt. Die Summe, die für den ersten Bauabschnitt zur Verfügung gestellt werden kann, dürfte insgesamt etwa 14 Millionen RM betragen. In Betracht kommen zunächst 15 bis 20 Städte. Einige Stadtgemeinden haben auch bereits Vorbescheide für die Reichszuschüsse erhalten.

Unabhängig von der Aufstellung der Richtlinien für die Bebauung der Reichsmittel haben auch die Vorarbeiten für die reichsgesetzliche Regelung der Altstadtsanierung schon vor längerer Zeit begonnen. Ein Reichsgesetz ist allerdings notwendig, damit die ganze Aktion sich nicht auf den Erlaß alter Häuser durch neue beschränkt, sondern im nationalsozialistischen Sinne planvoll gestaltet wird. Die Vorarbeiten in den beteiligten Ministerien sind im Augenblick, wie das Wbz-Büro erfährt, noch nicht abgeschlossen, sodas über die endgültige Gestaltung des Gesetzes noch nichts gesagt werden kann.

Der Stabschef der SA, Reichsminister Röhm, tritt einen mehrwöchigen Erholungsurlaub an

DNB, Berlin, 7. Juni. Das Presseamt der obersten SA-Führung teilt mit: Der Stabschef der SA, Reichsminister Ernst Röhm, hat einen mehrwöchigen Krankheitsurlaub angetreten. Dieser Urlaub wurde dem Stabschef von seinen Vorgesetzten zum Zwecke eines notwendig gewordenen Kurgebrauches erteilt.

Um allen Mißverständnissen, die daran etwa geknüpft werden könnten, von vornherein vorzubeugen, läßt der Stabschef erklären, daß er nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sein Amt in vollem Umfange weiterführen wird.

Ebenso wird auch die SA nach ihrem wohlverdienten Urlaubsurlaub neu gestärkt und unnerändert ihre großen Aufgaben im Dienste des Führers und der Bewegung erfüllen.

Vor der Schöpfung einer einheitslichen Frauenorganisation

Frau Scholz-Klin auf der Reichstagung des Verbandes deutsche Frauentultur.

DNB, Frankfurt (Oder), 7. Juni. Im Rahmen der Reichsverbandstagung des Verbandes deutsche Frauentultur, hielt Frau Gertrud Scholz-Klin, die Führerin der NS-Frauentultur, des Deutschen Frauenwerkes und des weiblichen Arbeitsdienstes einen Vortrag zum Thema: „Frau und Volk“, in dem sie u. a. ihr Ziel bekundete, aus den nach bestehenden 31 verschiedenen Frauenverbänden und -Bereinen eine Einheitsorganisation „Deutsche Frau“ zu schaffen, eine Organisation, mit der der Führer rechnen könne. Wenn die verschiedenen Organisationen ihre besonderen Aufgaben gehabt hätten, so sollten sie auch fernerhin in einzelnen Abteilungen dieser Einheitsorganisation fortgeführt werden. Das deutsche Frauenwerk werde die Zentralstelle für das Leben der deutschen Frau schaffen, womit die Garantie für eine klare Linie im Schaffen der Frau gegeben sei. Mit einem glühenden Bekenntnis zum Führer Adolf Hitler, der allein richtungsgesund sei, schloß Frau Scholz-Klin ihren Vortrag.

75 Jahre Heinrich Lanz

632.000 RM für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt.

DNB, Mannheim, 7. Juni. Im Frühjahr ds. Js. waren 75 Jahre vergangen, seit dem Heinrich Lanz den Grundstein zur Entwicklung eines deutschen Weltunternehmens legte. Die Führung der Heinrich Lanz-Werke sah davon ab, diese Tatsache mit äußerlicher Festlichkeit zu begehen. Statt dessen wurde der Beschluß gefaßt, für die gesamte Lanz-Gesellschaft und bedürftige frühere Werksangehörige zu sozialen Zwecken 632.000 RM bereitzustellen. Die Werksleitung glaubt, in dieser Form am besten der nationalsozialistischen Lebensauffassung und dem Gedanken der Wertgemeinschaft gedient zu haben.

Gladys kämpft um die goldene Schleife

Roman von Hedda Lindner.

Copyright by Carl Duncker Verlag, Berlin W 62
(Nachdruck verboten)

Der einzige, der seine Ruhe bewahrte, war der alte Bogis. „Frisch, was regst dich auf“, sagte er gemütlich, „da hat sie doch noch nicht zuredet.“ „Wer — sie? Unsere Baronin, die läßt sich doch ganz an die Wand quetschen, seit der gelbe Satan hier ist.“ Bogis grinste. „Ne, die Baronin mein ich nicht, die hier“ — er wies mit dem Daumen nach der Bog, wo „Goldlilie“ gemächlich an ein paar Heubalmen snabberte. „Laß mich man machen.“

Sehr höflich und respektvoll stand er eine Viertelstunde später vor Stephan. „Ich meine nur, Herr Baron, wenn die Frau Gräfin Bredede — man wußte nicht, war es Dummheit oder Bosheit — die „Goldlilie“ reiten will, muß sie sie doch vorher mal probiert haben, man kann doch nicht wissen, wie sie unter einem fremden Reiter geht.“ „Meinen Sie? Aber „Goldlilie“ geht doch so ruhig, die Baronin hat sie so viel geritten, daß sie an Damenhaut gewöhnt sein muß.“ „Ja, die Baronin! — Aber auf der Jagd ein Pferd reiten, was man nicht kennt, ist doch riskant, Herr Baron.“ Stephan überlegte. Er war froh, daß der Alte keine Schwierigkeiten machte, und schließlich — er hatte recht. „Schön“, sagte er, „natürlich darf sie nicht zu viel Stalmut haben, sie wird leicht übermüht, wenn sie nichts getan hat. Ich habe keine Zeit, aber Friz soll sie heute und morgen zwei bis drei Stunden tüchtig durcharbeiten, dann wird hinterher die Frau Gräfin aufsteigen.“ „Befehl, Herr Baron!“ Der Alte stapfte weg.

Am nächsten Nachmittag erschien Lillian in einem fabelhaften Reithut, von Stephan begleitet. „Goldlilie“ wurde herausgeführt, sie schien ausgezeichnet Laune. „Sie haben das Pferd gestern und heute durchgeritten?“ fragte Lillian leise zu Friz. Der schlug die Haden zusammen: „Jawoll, Herr Baron.“ Das verstoßene Grinsen zu dem alten Bogis hinüber entging Stephan, er war herangetreten, um Lillian beim Aufsteigen behilflich zu sein.

Saarabstimmungskommission noch nicht ernannt

Genf, 7. Juni. In der Geheim Sitzung des Völkerbundesrates am Donnerstag ist es nicht möglich gewesen, die Mitglieder der Saarabstimmungskommission zu ernennen. Da dieser Punkt ausdrücklich auf die Tagesordnung gesetzt worden war, dürfte diese Nachricht sehr überraschen. Wie man hört, ist es noch immer nicht gelungen, ein schweizerisches Mitglied für die Kommission zu finden. Solange es aber zweifelhaft bleibt, ob die den Schweizern vorbehaltene Stelle überhaupt besetzt werden kann, gilt auch die Ernennung des schwedischen und holländischen Mitgliedes nicht als endgültig.

Der Völkerbundsrat beschloß gleichzeitig, daß sein Präsident die Ernennung der Mitglieder der Abstimmungskommission vollziehen soll, sobald die entsprechenden Persönlichkeiten gefunden sind. Dabei soll der Präsident sich mit „seinen Kollegen“, d. h. mit anderen Mitgliedern des Völkerbundsrates in Verbindung setzen.

Es ist natürlich außerordentlich bedauerlich, daß sich die Ernennung der Abstimmungskommission, die eigentlich schon Anfang der Woche vollzogen werden sollte, immer wieder von neuem verzögert. Da die Abstimmungskommission nach dem Beschluß des Völkerbundsrates schon am 1. Juli ihre Tätigkeit aufnehmen soll und die Mitglieder natürlich einige Zeit zur Einarbeitung brauchen, könnte die Verschiebung der Entscheidung unter Umständen eine Verzögerung für die rechtzeitige Snaangriffnahme aller mit der Abstimmung zusammenhängenden Arbeiten bedeuten. Das neue Verfahren bei der Ernennung der Abstimmungskommission erschwert natürlich die Kontrolle durch die öffentliche Meinung. Die Völkerbundsorgane werden jetzt zu beweisen haben, daß sie im Sinne der vom Dreierausschuß ausgeübten Tätigkeit im Einklang mit der Entscheidung des Völkerbundsrates vom 4. Juli eine wirklich neutrale und unparteiliche Zusammenlegung der Abstimmungskommission herbeizuführen entschlossen sind. Nur so kann die Arbeit dieses wichtigen Organismus im Saargebiet der Entspannung und reibungslosen Durchführung der Abstimmung dienen.

Die Genfer Arbeitskonferenz

Genf, 7. Juni. In der Aussprache über die 40-Stundenwoche, die von der Internationalen Arbeitskonferenz fortgesetzt wurde, kritisierte der englische Arbeitervertreter Haydon die widerprüchliche Haltung der englischen Regierung, die gegen die Arbeitszeitverkürzung sei, obwohl Macdonald sich im Dezember u. a. dafür ausgesprochen habe. Der französische Arbeitervertreter Lambert Ribot, das Vorstandsmitglied des Komitees des Fortschritts, schätzte die Verteuerung der Gesteuerkosten bei Neueinführung der 40-Stundenwoche auf 15 bis 20 Prozent u. a. würde die von einigen Regierungen eingeleitete vernünftige Politik der Entlastung der Großstädte und der Zurückführung der Bevölkerung aufs Land dadurch beeinträchtigt werden.

Kein Beschluß der Arbeitskonferenz über die Frage der Arbeitszeitverkürzung

Genf, 7. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz hat die Aussprache über die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit abgeschlossen. Es wurde eine Entschließung des belgischen Arbeitervertreters Mertens angenommen, wonach der im vorigen Jahr ausgearbeitete Abkommensentwurf die Erörterungsgrundlage der Konferenz bildet und einem besonderen Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen wird. Damit ist dem Wunsch der Arbeitnehmergruppe Rechnung getragen, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung auf der Tagesordnung bleibt. Praktische Beschlüsse sind aber angesichts der starken Widerstände auf der Arbeitgeberseite und bei zahlreichen Regierungen bis auf weiteres nicht zu erwarten.

Militär-Putsch in Kowno

Tilsit, 7. Juni. Wie aus Kowno gemeldet wird, hat in der Nacht zum Donnerstag ein Militär-Putsch stattgefunden, der von den Anhängern des ehemaligen Ministerpräsidenten Wolde maras in Szene gesetzt wurde. Wolde maras wurde noch in der Nacht im Flugzeug von seinem Verbannungsort in die Nähe von Kowno gebracht. Er wurde von seinen Anhängern zum Ministerpräsidenten ausgerufen und hält sich im Generalstabs-Gebäude auf. Das Militär hat die Nacht in den Händen, die Behörden sollen jedoch auf Seiten der Regierung stehen. Staatspräsident Smetona weigert sich, mit den Aufständischen zu verhandeln.

Tilsit, 7. Juni. Wie aus Kowno weiter gemeldet wird, waren von 2 bis 7 Uhr früh alle Behörden durch Militär besetzt. Ein dem Staatspräsidenten Smetona gestelltes Ultimatum ist am Mittag abgelaufen und offenbar verlängert worden. Welche Wendung die Entwicklung nimmt, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Unter den Verhafteten soll sich auch der Gouverneur des Nemelgebietes, Kabakas, befinden. Das Gerücht, wonach eine Anzahl von Ministern der Regierung Lubels in Haft sei, konnte noch nicht bestätigt werden.

Das Straßenbild ist in den späteren Vormittagsstunden frei von Militär, das durchweg zurückgezogen worden ist. In der Stadt herrscht völlige Ruhe.

Noch ungeklärte Lage in Kowno

Tilsit, 7. Juni. Die Meldungen aus Kowno geben noch kein richtiges Bild von der Lage in den frühen Nachmittagsstunden. Es sind die widersprechendsten Gerüchte im Umlauf. So hieß es um die Mittagsstunde, es sei ein Kompromiß zustande gekommen, wonach Wolde maras die Regierung einschließlich des Außenministeriums übernehmen würde. Später hieß es, daß Wolde maras mit dem Flugzeug wieder zurückgebracht worden sei, daß aber die Regierung nicht gegen ihn vorgehen wolle, angeblich, weil das Militär ihn gegen seinen Willen nach Kowno gebracht habe. Die Verhältnisse sind insofern undurchsichtig, als die Fliegerformationen und die Tank-Abteilungen eindeutig für Wolde maras sind und die eigentlichen Träger des Militärputsches sein dürften, während die anderen Waffengattungen zwar nicht gegen Wolde maras eingestellt sind, sich aber doch zum Teil abwartend verhalten. Die vielen in der Stadt umgehenden Gerüchte lassen sich zur Zeit auf ihre Richtigkeit nicht nachprüfen. Das Gebäude des Staatspräsidenten ist von 300 Mann besetzt. Wahrscheinlich ist jedenfalls, daß Veränderungen innerhalb der Regierung bevorstehen, die den Forderungen des Militärs in irgend einer Weise Rechnung tragen.

Neue unkontrollierbare Gerüchte über die Vorgänge in Kowno

DNB, Warschau, 7. Juni. Laut Mitteilung des Korrespondenten der polnischen Telegraphenagentur aus Riga ist die Lage in Kowno weiterhin ungeklärt. Privatmeldungen, die in Riga in den Abendstunden eingetroffen sind, besagen, daß der Militärputsch tatsächlich stattgefunden hat und daß die Lage weiter sehr ernst ist. Wolde maras soll an dem Putsch keinen direkten Anteil genommen haben. Der Putsch soll vielmehr durch eine Offiziersgruppe, die zu den Anhängern Wolde maras gehört, veranstaltet worden sein. Wolde maras soll nach weiteren Meldungen der polnischen Telegraphenagentur aus Riga dem Staatspräsidenten Smetona eine Reihe von Bedingungen in ultimativer Form gestellt haben, über die gegenwärtig Beratungen gepflogen werden. Der litauische Generalstabschef, Oberst Kubelinas, soll den Rücktritt eingereicht haben und an seiner Stelle der Kommandant der Kriegsschule, Oberstleutnant Jadas, ernannt worden sein.

Bulgarien verbietet die Ausfuhr von Getreide

DNB, Sofia, 7. Juni. Durch eine Verordnung des Ministerrates ist die Ausfuhr aller Getreidesorten unterlagt worden. Die Maßnahme wird begründet mit der anhaltenden Trockenheit, durch die das Getreide sehr gelitten hat. Augenblicklich hat Bulgarien unter einer starken Hitzewelle zu leiden. Das Thermometer ist bis 40 Grad Celsius gestiegen.

Verständnis dafür, man fand es auch sehr natürlich und vernünftig, daß der berühmte Turnierreiter sich eine Frau genommen hatte, die ebenfalls was von Pferden verstand. Lillian sah sich nach Kestern um, der sich meist in der Nähe von Gladys aufhielt. „Lieber Kestern, bitte, nimm dich meiner Frau etwas an, während ich unseren Gast betreue.“

„Gern, aber ich glaube, ich bitte lieber die gnädige Frau, sich meiner anzunehmen, das scheint mir sicherer.“

„Nanu, Kestern, seit wann sind Sie so zaghaft?“ neckte Rittermeister von Steintrich, der die letzten Worte gehört hatte. „Sie alter Jagdhase sollten doch die Sache genähert kennen.“

„Kern' ich auch, kern' ich auch“, schmunzelte der Dide. „Ich sage immer noch: Kein Graben zu breit, wenn er nur nicht zu lang ist.“

Steintrich lachte. „Seit wann sind Sie unter die Drückberger gegangen?“

„Seit ich mein gutes Herz für euch entdeckt habe. Wenn ich mit meinen zwei Zentnern in die Wiege plumpste, gibt es Hochwasser, das kann ich euch doch nicht antun.“

Das Ausbruchsignal machte der Reiterei ein Ende, langsam gruppierte sich der Zug der Reiter. Gladys ritt neben Kestern, der ihr — während sie gemächlich dem Anlegeplatz zutrabte — die verschiedenen Jagdbräuche erklärte. „Daß man nicht nur stets hinter den Hunden, sondern auch hinter den Piqueuren bleiben müsse, weil es sonst erstens Strafe kostete und zweitens eine Todsünde für den richtigen Jagdreiter sei, andererseits sollte man sich bei einem so starken Feld wie heute doch möglichst vorne halten, um nicht zu sehr in den dicken Puff hineingezogen zu werden, denn sonst war die Gefahr der Karambolage bei den Hindernissen zu groß. Zumal Hubertus doch immer 'ne Masse Sonntagsreiter mitmachen, die nachher ihre Zossen nicht in der Gewalt haben“, fügte er anzüglich hinzu, als plötzlich ein rundlicher Herr im funkelneulernen roten Rock neben ihnen auftauchte, der vergeblich versuchte, sein schraubendes Kopf zu bändigen. „Wo wollen Sie denn hin, Doktor?“ grinste er ironisch. „Sie — haben — gut — lachen“, pustete der Rundliche, ein bekannter und sehr beliebter Anwalt, der nur eine Leder etwas einseitige Neigung zu dem edlen Reissport hatte, „im Latierfall — haben sie — geschoren, der Gaul ginge ruhig — und nun — ist er wie verrückt.“

(Fortsetzung folgt.)